

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 20.02.2020

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung 17:55 Uhr bis 18:10 Uhr; 18:55 Uhr bis 19:05 Uhr
Sitzungspause: 22:15 Uhr bis 22:45 Uhr
Ende: 23:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Franz Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Henningsen
Herr Langeworth 2. stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Meichsner Fraktionsvorsitzender

SPD

Herr Bevan Bis 22:00 Uhr anwesend
Frau Mertelsmann
Frau Rosenbohm
Herr Suchla Fraktionsvorsitzender Ab 19:00 Uhr anwesend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gutwald 1. stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Kleinekathöfer Ab 21:15 Uhr abwesend
Herr Löseke Ab 22:45 Uhr abwesend
Frau Zeitvogel Ab 22:45 Uhr abwesend

BfB

Herr Wolff

FDP

Herr Tewes

Die Linke

Frau Krüger
Herr Linde Von 17:25 bis 22:45 Uhr anwesend

Herr Ridder-Wilkens Fraktionsvorsitzender

Nicht anwesend:

Frau Heckeroth CDU
Herr Gutknecht Bündnis 90/Die Grünen (Fraktionsvorsitzender)

Verwaltung

TOP

Herr Moss Beigeordneter Dezernat 4 ab TOP 6
Herr Nürnberger Beigeordneter Dezernat 5 TOP 16

Herr Vahrson Amt für Verkehr 6,7,8
Frau Heger Amt für Verkehr 9
Herr Schmelter Amt für Verkehr 9
Frau Wißmann-Wahsner Umweltbetrieb 12
Herr Otterbach Immobilienservicebetrieb 18
Frau Hannemann Eigenbetriebsähnliche
Einrichtung Bühnen und Orchester 23
Herr Steinriede Bauamt 25, 26

Herr Tobien Büro des Oberbürgermeisters
und des Rates, Schriftführer

Gäste

Herr Hillen Planungsbüro Planersocietät 9
Frau Schilberg Bielefeld Marketing 11
Herr Knabenreich Bielefeld Marketing 11

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Franz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 57. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Nach Versand der Einladung, aber noch innerhalb der Frist, seien zwei Anfragen der CDU-Fraktion zur Überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW sowie zur Namensänderung des Parkhauses Hermannstraße eingegangen. Diese seien noch auf die Tagesordnung zu nehmen.

Er schlägt vor, die Sitzung um 18:00 Uhr zu unterbrechen und an der vor dem Alten Rathaus stattfindenden Mahnwache anlässlich des gestrigen Attentats in Hanau teilzunehmen, um gegenüber den Opfern Respekt und Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte sind einverstanden.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

4.1 Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.02.2020) und

4.2 Namensänderung Parkhaus Hermannstraße (Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.02.2020)

erweitert.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Es werden keine Fragen in der Einwohnerfragestunde gestellt.

Zu Punkt 2 **Genehmigung von Niederschriften**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über die 54. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 07.01.2020**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 54. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 07.01.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 23.01.2020**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 55. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 23.01.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Mitteilung zu einem Beschluss der BV Gadderbaum**

Herr Tobien informiert darüber, dass die Bezirksvertretung Gadderbaum in der Sitzung am 23.01.2020 zu TOP 6.1 folgenden Beschluss gefasst habe:

Die Verwaltung wird gebeten, bei Überplanung der Artur-Ladebeck-Straße die Gadderbaumer Straße mit einzubeziehen und dabei alle Formen der Teilnahme am Straßenverkehr zu bedenken.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Gadderbaumer Straße als Einbahnstraße in Richtung Innenstadt / Adenauerplatz - verbunden mit der Möglichkeit der Freigabe für Fahrräder in beide Richtungen - ausgewiesen werden kann.

In der Sitzung sei darauf hingewiesen worden, dass ab dem letzten Drittel der Gadderbaumer Straße, in Höhe der Straße Mühlendamm, die Bezirksvertretung Mitte zuständig sei und bei der Überplanung auch mit beteiligt werden müsste. Vor diesem Hintergrund sei der vollständige Auszug zur Drucksache 9951/2014-2020 [im Gremieninformationssystem einsehbar] zusammen mit der Einladung den Mitgliedern der Bezirksvertretung Mitte zugesandt worden.

Herr Langeworth nimmt dazu Stellung und erklärt, dass viele Bereiche um die Sparrenburg herum bei einer Umsetzung schwieriger zu erreichen seien und die CDU-Fraktion diese Idee kritisch sehe.

Herr Franz greift dies auf und betont die wesentlichen Erschließungsfunktionen dieser Straße für diesen Bereich des Stadtbezirks Mitte. Die Bezirksvertretung Mitte müsse daher intensiv in die Planungen eingebunden werden.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Amphibienschutzmaßnahmen 2020 im Stadtbezirk Mitte

Das Umweltamt teilt mit:

Im Stadtbezirk Mitte wird im Frühjahr 2020 im Bereich Brands Busch wieder eine saisonale Maßnahme zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Laichgewässern durchgeführt.

Ganztägige Vollsperrung: Promenade/Furtwängler Straße (Auf der Höhe vom Waldhotel Brands Busch - Verkehrsinstitut). Aufgrund des milden und niederschlagsreichen Winters ist dieses Jahr mit einem frühen Beginn der Amphibienwanderung zu rechnen. Das Umweltamt übernimmt die Koordination der Maßnahmen. Die Vollsperrung ist auf die Dauer von ca. 5 Wochen begrenzt und wird voraussichtlich Anfang / Mitte März beginnen. Sie wird von den Mitarbeitern des Umweltbetriebes mit Wanderbeginn eingerichtet und wie in den vergangenen Jahren aus Gründen des Anlieferverkehrs von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hotels in eine Nachtsperre umgewandelt. Die Zufahrt zum Hotel ist für Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Gäste frei. Die Rettungsdienste haben die geeigneten Schlüssel, um die Absperrung im Notfall zu öffnen. Die saisonale Schutzmaßnahme kann aufgrund des hohen Betreuungsaufwandes immer nur während der Hauptwanderzeit durchgeführt werden. Schwerpunkte des Schutzes sind die Sicherung der Hinwanderung der Kröten, Frösche und Molche zu ihren Geburtsgewässern zum Ablaichen und der sich anschließenden Rückwanderung in ihre Sommerlebensräume. Die Bürger und Bürgerinnen werden um Verständnis für die Artenschutzmaßnahmen und um Rücksichtnahme gegenüber den ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern gebeten, die die Tiere im Parkplatzbereich zusätzlich zur Vollsperrung aus der Gefahrenzone bringen.

-.-.-

Zu Punkt 3.3

Beabsichtigte Rodungsarbeiten im Luttergrünzug

Der Umweltbetrieb teilt zu den beabsichtigten Rodungsarbeiten im Luttergrünzug - Kinder- und Jugendort 1. BA an der Heeper Str. entlang des Bahndammes mit:

Die Bezirksvertretung Mitte hatte in der Sitzung vom 07.01.2020 DSN 9758/2014-2020/1 der Entwurfsplanung für den 1. Bauabschnitt zugestimmt. Als Vorbereitung zur Realisierung der Maßnahme und Einhaltung umweltrelevanter Belange, werden in der letzten Februarwoche (KW 9) die notwendigen Bäume, Hecken und Kleinstgehölze gerodet. Gemäß Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 23.01.2020 DSN 10021/2014-2020, sollen die Baumgruppen innerhalb der Freiflächen entlang des Grünen Bandes, erhalten bleiben. Nach örtlicher Besichtigung und Einschätzung der Baumkontrolleure des Umweltbetriebes, kann die vorhandene Salweide auf Grund eines fortgeschrittenen Pilzbefalls am Stamm nicht erhalten werden (im Plan mit „Pilzbefall“ gekennzeichnet). Die relativ zentrale Baumgruppe muss ebenfalls entfernt werden, da diese auf Dauer nicht erhalten werden kann. Die Bäume weisen z. T. Totholz auf und stehen sehr dicht, wodurch eine artspezifische Weiterentwicklung nicht gegeben ist. Der beiliegenden Rodungsübersicht [im Gremieninformationssystem einsehbar] ist zu entnehmen, welche Gehölze im Zuge der Rodungsmaßnahme entfernt werden sollen. Insgesamt sollen 12 Bäume, sowie ein Großstrauch, mehrere Kleingehölze und zwei Heckenelemente gerodet (s. Übersichtsplan im Gremieninformationssystem) werden.

Im Einzelnen sind dies:

- 6 Bäume mit Stammdurchmesser 20 cm,
- 1 Bäume mit Stammdurchmesser 50 cm,
- 1 Baum mit Stammdurchmesser 15 cm und
- 4 Baum mit Stammdurchmesser 30 cm sowie ca. 40 Kleingehölze (z. T. Obstgehölze wie z. B. Johannesbeere, Brombeere, etc.).

Alle Bäume, deren Stammdurchmesser größer 20 cm sind, werden 1:1 durch Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 20-25 cm entsprechend der gültigen Baumerhaltungsrichtlinie ersetzt. Im weiteren Realisierungsprozess muss die Fläche für die Kampfmittelüberprüfung freigeräumt werden. Das Herrichten des Geländes und die Kampfmittelüberprüfung soll nach dem öffentlichen Vergabeverfahren im Frühjahr (April / Mai) stattfinden.

Zu Punkt 3.4 Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems / Standorte für Phase I und weiteres Vorgehen

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Gemäß dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.09.2019 (DS 9295/2014-2020) erarbeitet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit moBiel ein Umsetzungskonzept für ein öffentliches Fahrradverleihsystem. Dies sieht eine schrittweise Einführung des Fahrradverleihsystems in zwei Phasen vor.

Die Phase I mit einer Laufzeit von einem Jahr ist als Pilotphase vorgesehen und umfasst hauptsächlich die Kernstadt mit Verbindung zur Universität / FH. Es werden 250 Räder an ca. 40 Standorten vorgesehen. Über den Umsetzungsstand im Hinblick auf den Projektstart am 01.04.2020 wird das Amt für Verkehr laufend informieren. Für die Phase I sind im Stadtbezirk Mitte 20 Stationen für das Fahrradverleihsystem vorgesehen. Diese sind an relevanten Verknüpfungspunkten zum ÖV und an Standorten mit hohem Potential geplant. Die geplanten Standorte befinden sich hauptsächlich im Innenstadtbereich (Rathaus, Jahnplatz, Kesselbrink, im Bereich des Hufeisens sowie am Rand der Fußgängerzone) sowie am Hauptbahnhof. Diese Standorte befinden sich aktuell in der Abstimmung zwischen moBiel und der Stadtverwaltung. Hierzu wird das Amt für Verkehr laufend berichten.

Im Verlauf der Pilotphase des Fahrradverleihsystems kann durch Anpassungen an den Standorten auf Bedarfe der Nutzer reagiert werden. Die Erfahrungen mit den Standorten aus Phase I dienen als Grundlage für die Ausweitung der Stationen in Phase II.

Die zusätzlichen Standorte für Phase II werden hinsichtlich Potential, Bedarf und Flächenverfügbarkeit in den einzelnen Bezirken ermittelt und abgestimmt. Vor dem Start der Phase II am 01.04.2021 wird regelmäßig über den Stand der Standortermittlung berichtet.

Herr Henningsen erwartet, dass die Standorte nicht nur in der Bezirksvertretung Mitte vorgestellt würden, sondern auch gegebenenfalls von dieser zu beschließen seien.

Herr Franz greift dies auf und weist ausdrücklich darauf hin, dass die Bezirksvertretung Mitte nicht nur zu informieren sei, sondern auch über die Standorte zu beschließen habe. Die Standorte seien daher der Bezirksvertretung Mitte zur Beschlussfassung vorzustellen.

Herr Tewes erklärt, dass das Verleihsystem der Bezirksvertretung Mitte noch nicht ausführlich vorgestellt worden sei. Herr Franz geht davon aus, dass dies damit zu begründen sei, dass es sich um ein stadtweites Modell handle und daher nicht in den einzelnen Bezirksvertretungen vorgestellt würde. Dennoch würde gerade im Stadtbezirk Mitte ein Großteil der Verleihpunkte liegen und daher würden das Amt für Verkehr bzw. moBiel gebeten, in einer der nächsten Sitzung das Fahrradverleihsystem vorzustellen.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

**Zu Punkt 4.1 Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.02.2020)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10342/2014-2020

Herr Tobien teilt mit, dass diese Anfrage in der März-Sitzung beantwortet werde.

Die Anfrage wird vertagt.

**Zu Punkt 4.2 Namensänderung Parkhaus Hermannstraße
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.02.2020)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10343/2014-2020

Text der Anfrage:

Wann und in welchen Gremien ist die Namensänderung beschlossen worden?

Antwort des Immobilienservicebetriebes:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 05.07.2012 den Verkauf des Ankergebäudes und des Parkhauses Hermannstraße beschlossen. Der Kaufvertrag wurde am 17.05.2013 unterzeichnet. Das Parkhaus befindet sich nicht mehr in städtischem Eigentum, sondern steht in Privatbesitz

Herr Meichsner nimmt dazu Stellung und erklärt, dass ihm nicht bekannt sei, dass im Zusammenhang mit dem Verkauf auch gleichzeitig die Zusage einer Namensänderung gegeben worden sei.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Ampelanlage Hakenort / Ecke Am Stadtholz**
(Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10110/2014-2020

Über den Antrag [Text s. Beschluss] hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, eine Ampelanlage am Hakenort / Ecke Stadtholz einzurichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **Gedenktafel 100 Jahre Bielefelder Abkommen**
(Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10319/2014-2020

Nachdem Herr Franz kurz auf den Antrag [Text s. Beschluss] und seine Begründung eingegangen ist, fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat, in geeigneter Weise am Rochdale-Raum durch eine Tafel (mit oder ohne Fotos) daran zu erinnern, dass am 23.03.1920 in dem damaligen Stadtverordnetensaal und heutigen Sitzungsraum das in die Geschichtsschreibung eingegangene „Bielefelder Abkommen“ unterzeichnet worden war.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Umgestaltung des Jahnplatzes – Ausbaustandard

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10238/2014-2020

Herr Franz erläutert den vorliegenden Ergänzungsantrag [Text s. Beschluss Nr. 1] und bittet Herrn Vahrson, die Drucksache vorzustellen.

Herr Vahrson führt aus, dass aufgrund der Ablehnung eines Fahrradparkhauses eine Umplanung erforderlich geworden sei, um die Zugänge zum Jahnplatz bei der Platzgestaltung einbeziehen zu können. Um die Situation für den Fußverkehr zu verbessern, sei nun der Radverkehr nicht mehr bevorrechtigt. Hochbeete seien nicht mehr vorgesehen. Geplant sei, die Fahrspuren mit Titandioxid zu versetzen, um zusätzlichen NOx - Abbau zu ermöglichen. Ob Titandioxid - wie in Leserbriefen angesprochen - krebserregend sei, würde vorher geprüft werden. Die Radwege würden durch 30 cm breite Trennstreifen eingefasst und zusätzlich zu ihrer durchgängig veränderten Bauausführung in Kreuzungsbereichen durch LED-Strahler verdeutlicht. Haltemöglichkeiten für Taxen und Zufahrten zu Ärzte- und Parkhäusern blieben bestehen. 23 Bäume müssten aufgrund unterschiedlicher Notwendigkeiten entfernt werden, 31 neue Bäume würden gepflanzt. Die Ausschreibung solle im März erfolgen. Die Vergabe sei für den 09.06.2020, der Baubeginn für den 01.07.2020 geplant. Im Bereich des Jahnplatzes sei ein Baubüro geplant, um direkt vor Ort ansprechbar sein zu können.

Herr Gutwald äußert Kritik an der vorgestellten Planung und hält insbesondere die Oberflächengestaltung, die Öffnung der Friedrich-Verleger-Straße in Richtung Jahnplatz sowie die Radwegeführung für optimierbar. Er regt an, die Radwege farbig zu gestalten, um eine deutlichere Abgrenzung zu den Aufenthalts- und Fußverkehrsfläche vorzunehmen und weiterhin den Radverkehr auf der Umweltspur zu gestatten. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um eine gemeinsame Beschlussformulierung finden zu können.

Frau Mertelsmann erklärt, dass beschlossen worden sei, als Grundton für die Pflasterung beige zu nehmen. Sie bittet um Erläuterung, warum nun ein grauer Farbton ausgewählt worden sei. Auf Herrn Gutwald eingehend erklärt sie, dass die Planung weitgehend auf Mehrheitsbeschlüssen aufbaue, die auch von Bündnis 90/Die Grünen gefasst worden seien.

Herr Moss verdeutlicht, dass die jetzige Planung perspektivisch auch eine oberirdische Führung der Stadtbahn ermögliche. Aus der Politik sei der Auftrag gekommen, auf dem Jahnplatz weiterhin alle Verkehrsarten zu ermöglichen. Daher habe die Verwaltung versucht, eine Kompromisslösung zu entwickeln, die diesen Auftrag bestmöglich erfüllt. Bereits jetzt fänden auf dem Jahnplatz täglich über 900 Bushaltevorgänge statt, die in Zukunft noch zunehmen würden. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung nicht empfehlen können, den Radverkehr dauerhaft auf der Umweltspur zuzulassen. In sehr vielen Gesprächen sei mit den verschiedenen Akteuren die Führung des Radverkehrs entwickelt worden und es bestünde Einigkeit darüber, dass der Radverkehr an einigen Punkten dem Fußverkehr Vorrang geben müsse. Auch habe man den unterschiedlichen Interessen von sehbehinderten und mobilitätseingeschränkten Menschen Rechnung

tragen müssen. Der Radweg erhalte daher eine kleine, mit Dioden beleuchtete taktile Kante, die an den drei Querungsstellen für sehbehinderte Menschen unterbrochen werde. Gegenseitige Rücksichtnahme sei der gefundene Kompromiss.

-.-.-

Herr Franz unterbricht die Sitzung von 17:55 Uhr bis 18:10 Uhr. Während der Sitzungspause nehmen die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte an der Mahnwache anlässlich des gestrigen Attentats in Hanau teil und bringen ihren Respekt gegenüber den Opfern und ihre Anteilnahme zum Ausdruck.

-.-.-

Herr Beigeordneter Moss berichtet, dass an Spitzentagen 35.000 Menschen den Jahnplatz queren, 900 Bushaltevorgänge stattfinden und in der Vergangenheit 23.000, derzeit 15.000 Autos über den Jahnplatz führen. Perspektivisch wolle man 12.000 Autos erreichen. Mit Blick auf die Zahl der Busse könne man davon sprechen, dass der Jahnplatz in gewisser Weise der zentrale Busbahnhof sei. Die Öffnung der Friedrich-Verleger-Straße sei ein Ergebnis der Berechnungen von moBiel, dass so die Querbeziehungen zwischen den Bussen optimal gelöst werden könnten und dies auch zu einer Reduzierung der NOx-Werte beitrage. Insbesondere in den Gesprächen mit Behindertengruppen sei die Bedeutung der Kontrastfähigkeit unterschiedlicher Farben betont worden und darum habe man sich dafür entschieden, auf Grautöne zurück zu greifen. Diese böten gegenüber einer beigen Farbgestaltung mehr Differenzierungsmöglichkeiten. Auf bunt eingefärbte Radwege habe man mit Blick auf eine farblich einheitliche Platzgestaltung bewusst verzichtet. Er räume ein, dass diese Planung nicht der „goldene Wurf“ sei. Es läge aber für diesen Verkehrsknoten eine vernünftige Brückenlösung für die nächsten Jahre vor, die allen Verkehrsarten gerecht werde und dazu beitrage, ein Fahrverbot zu vermeiden.

Herr Vahrson teilt mit, dass der Umfang der technischen Anlagen in etwa gleichbliebe und diese wie bisher verkleidet würden. Er erklärt, dass im weiteren Planungsprozess über zusätzliche Bänke nachgedacht werden könne.

Herr Tewes hebt die Bedeutung der Radwegeführung für die FDP hervor und erklärt, dass die hier vorgestellte Lösung nicht gut genug sei. Er werde die Planung ablehnen.

Herr Ridder-Wilkens bedauert, dass zwar auf die geäußerte Kritik eingegangen worden sei, sich aber nichts geändert habe. Im Grunde handle es sich um ein „Entschleunigungskonzept“, das ein Jahnplatz in verkleinerter Form sei. Ziel müsse eine Steigerung der Platzqualität ohne Konsumzwang sein. Dies sei nicht erreicht worden und die Fraktion Die Linke werde die Planung daher ablehnen.

Herr Henningsen kritisiert, dass der Politik nicht der in der Bürgerinformationsveranstaltung gezeigte Plan vorgelegt worden sei und bittet darum, diesen ebenfalls der Politik zur Verfügung zu stellen. Die Verwendung von Titandioxid sei unkritisch und werde begrüßt. Nicht akzeptabel sei die jetzige Form der Sitzbankgestaltung um die Alcina-Uhr herum. Er sehe in einer oberirdischen Stadtbahnführung „den Tod des letzten Individualverkehrs“. Ein beiges Pflaster als Fortsetzung des Pflasters aus der Altstadt

sei eine gute Wahl. Mit Blick auf die „exorbitanten“ Gesamtkosten würden die Mehrkosten für ein beiges Pflaster nicht ausschlaggebend sein. Zu klären sei die Frage der Überdachung der Zugänge zum Jahnplatzforum. Auch fehle ein Beleuchtungsplan. Eine Detaildarstellung der Abgrenzung von Fußverkehr und Radverkehr wäre wünschenswert gewesen. Die verkehrliche Planung werde abgelehnt. Er weise im Zusammenhang mit der NOx-Problematik darauf hin, dass kein einziges Messergebnis mehr über dem Grenzwert läge und von daher eine Änderung der Verkehrsführung nicht notwendig sei. Einer möglichen Überschreitung der Grenzwerte in der Zukunft müsse nicht vorsehend begegnet werden. Die Führung der Busse durch die Körnerstraße während der Umbauphase werde zu einem Verkehrschaos und zur Unerreichbarkeit der Tiefgarage Neues Rathaus führen. Die CDU-Fraktion werde daher die Vorlage ablehnen.

Frau Mertelsmann schickt voraus, dass die SPD-Fraktion die vorgestellte Planung weitgehend begrüße und der Vorlage zustimmen werde. Sie erinnert daran, dass sich die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger mit einem Bürgerentscheid gegen eine oberirdische Führung der Stadtbahn auf dem Jahnplatz entschieden hätten. Die Trennung der Radspur sei deutlicher geworden und stelle eine Verbesserung dar. Eine Wiederaufnahme der Altstadt-pflasterung sei sinnvoll und beige zu bevorzugen. Die Nutzung der Körnerstraße durch Busse erfolge nur während einer zeitlich begrenzten Bauphase und sei akzeptabel.

Herr Meichsner fragt nach, wie die in Richtung Süden fahrenden Busse geleitet würden. Er regt an, Schaltkästen im öffentlichen Raum weniger sichtbar zu platzieren und fordert ein, für ein Beleuchtungskonzept die Bauleitpläne für die Innenstadt zu harmonisieren und eine Satzung zu erlassen.

Herr Moss weist darauf hin, dass die Frage der Umleitungsverkehre durch die Körnerstraße nicht Teil der Vorlage und die Diskussion hiervon getrennt zu führen sei. Er geht davon aus, dass nur dank der mit dem Verkehrsversuch ergriffenen Maßnahmen die aktuellen Messwerte erreicht und damit ein Fahrverbot hätte verhindert werden können.

Herr Vahrson geht auf die Kritik an den Abständen der Bushaltepunkte ein und erläutert, dass grade Einstiegsbereiche benötigt würden, um zu vermeiden, dass die Abstände zwischen Bordsteinkante und Bus zu einer Gefahrenstelle würden. Da der Jahnplatz aber eine große Kurve beschreibe, wären grade Einstiegsbereiche geometrisch nicht hintereinander realisierbar. Bänke müssten erst nach dem heutigen Grundsatzbeschluss ausgeschrieben werden, verschiedene Banktypen würden vorher vorgestellt. Die Würstchenbude sei in Privateigentum und verbleibe an der bisherigen Stelle, Überdachungen der Zugänge seien nicht geplant.

Zur Nachfrage von Herrn Franz erklärt Herr Moss, dass nach dem Umbau der Friedrich-Verleger-Straße dort mit jeweils 300 Bussen je Richtung gerechnet werde.

--.-

Herr Franz unterbricht für Fraktionsabstimmungen über einen gemeinsamen Beschlussvorschlag die Sitzung von 18:55 Uhr bis 19:05 Uhr.

--.-

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärt Herr Franz, dass in der Sitzungsunterbrechung zwei weitere Ergänzungsanträge formuliert worden seien und bittet Herrn Gutwald, den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorzustellen.

Herr Gutwald erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trotz erheblicher Bedenken die Vorlage mittragen könne, sofern die Verwaltung beauftragt werde, eine Vergrößerung der Aufstellflächen für den Radverkehr an den Kreuzungspunkten und eine farbliche Gestaltung der Radwege zu prüfen.

Herr Meichsner beantragt für die CDU-Fraktion, dass so zu planen sei, dass die technischen Einrichtungen auf dem neugestalteten Jahnplatz sich in das Stadtbild einfügten. Sofern nicht die von Herrn Moss angesprochene Lösung in Form von Bodentanks möglich sei, sollte versucht werden, in den Räumlichkeiten des Pizza Hut Pavillons die Technik unterzubringen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss und für die Beschlussfassung im Rat:

- 1. Für die Naturstein-Pflasterung der Umgestaltung des Jahnplatzes wird die „Farbgebung Beige“ gewählt, um eine erhöhte Aufenthaltsqualität und eine hochwertige, verbesserte Stadtgestaltung des Platzes zu erreichen.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

- 2. Die Verwaltung wird gebeten, eine Vergrößerung der Aufstellflächen für den Radverkehr an den Kreuzungspunkten und eine farbige Gestaltung der Radwege zu prüfen.**

- mit Mehrheit bei zwei Enthaltungen beschlossen -

- 3. Die technischen Einrichtungen auf dem neugestalteten Jahnplatz sollen sich in das Stadtbild einfügen.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die hier vorgestellte Entwurfsplanung als Ausbaustandard zugrunde zu legen, die Ausschreibung vorzunehmen und im Zeitraum 01.07.2020 – 30.06.2022 baulich umzusetzen.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Umgestaltung des Jahnplatzes – Vorstellung Entwurfsstand Haltestellendächer

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10262/2014-2020

Herr Franz begrüßt Herrn Wannemacher vom Planungsbüro Wannemacher & Möller und bittet ihn, zum jetzigen Stand des Entwurfs zu berichten.

Herr Wannemacher visualisiert mit einer Computerpräsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] den Planungsstand und weist dabei auf Abhängigkeiten wie Feuerwehraufstellflächen, Durchfahrts Höhen und Zugangsmöglichkeiten hin. MoBiel habe Wert darauf gelegt, dass wartende bzw. einsteigende Fahrgäste vor normalem Regen geschützt würden. Darum empfehle man drei größere, überlappende Dächer statt einer Vielzahl von kleineren Einzeldächern. Er stellt eine schirmartige und eine flache Variante der Dachgestaltung vor.

Im Anschluss an seinen Vortrag geben die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte erste Einschätzungen ab und stellen Rückfragen. Dabei wird deutlich, dass die schirmartige Variante mit großer Mehrheit favorisiert wird.

Herr Wannemacher greift den Vorschlag nach mehr Transparenz bzw. die Kritik an der als massiv eingeschätzten Konstruktion auf und erklärt, dass ein Kompromiss zwischen der Wetterschutzfunktion der Dächer und einer filigranen Ausgestaltung gefunden werden musste. Zur Nachfrage von Herrn Meichsner erklärt er, dass die Entwässerung durch die Dachstützen in die Kanalisation erfolge. Die Konzeption der Dächer sehe helle Töne statt des bisherigen Blautons vor. Insbesondere mit Blick auf das Mikroklima schlage man eine Begrünung der Dächer statt aufmontierter Solarkonstruktionen vor.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Emissionsfreie Innenstadt (EFRE 2014-2020) Umbau Friedrich-Ebert-Straße zwischen Herforder Straße und Kesselbrink - Prüfergebnis zur möglichen Einrichtung eines Beidrichtungsverkehres

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10214/2014-2020

Herr Henningsen erklärt, dass die CDU-Fraktion eine Verlängerung der Busspur bis zur Werner-Bock-Straße kritisch sehe, da dies den Individualverkehr dort endgültig lahmlegen würde. Der Vorschlag eines Beidrichtungsverkehrs aus dem Stadtentwicklungsausschuss sei positiv, da zusammen mit der Jahnplatz-Baumaßnahme dies zu einer massiven Entlastung der Baustelle geführt hätte.

Herr Beigeordneter Moss hebt hervor, dass mit der vorliegenden Informationsvorlage der Auftrag aus dem Stadtentwicklungsausschuss abgearbeitet worden sei, einen Beidrichtungsverkehr zu prüfen und die daraus resultierenden Auswirkungen darzustellen. Zusammenfassend könne festgehalten werden, dass bei einer Öffnung der Friedrich-Ebert-Straße für den motorisierten Individualverkehr auf den gewünschten Radweg auf der Südseite verzichtet werden müsse. Es bleibe der Politik überlassen, vor dem Hintergrund der vorgestellten Ergebnisse eine Entscheidung über die zu realisierenden Verkehre auf dem begrenzten Straßenraum zu treffen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Verkehrskonzept „Bielefelder Westen“ – hier: Beschluss des Verkehrskonzeptes und weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 10253/2014-2020

Herr Franz teilt mit, dass in der Vorbesprechung zur Sitzung von den Fraktionsvorsitzenden und Einzelvertretern vorgeschlagen worden sei, die Vorlage in erster Lesung zu behandeln. Er begrüßt Herrn Hillen vom Planungsbüro Planersocietät und bittet ihn, die Ergebnisse der Untersuchung bzw. das Verkehrskonzept Bielefelder Westen vorzustellen.

Herr Hillen beschreibt mit einer Computerpräsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] das Vorgehen der Untersuchung, die zentralen Ergebnisse der Bestandsanalyse sowie das daraus abgeleitete Fazit und stellt das Verkehrskonzept vor.

Herr Henningsen schlägt vor, zunächst die Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und dann zusammen mit deren Ergebnissen erneut über die Vorlage zu beraten. Eine Einbahnstraßenregelung für die Melanchthonstraße werde wegen ihrer wichtigen Verbindungsfunktion kritisch gesehen. Eine Tempo-30-Regelung für die Große-Kurfürsten-Straße erscheine nicht sinnvoll, da dort ja das im Konzept als Parkfläche integrierte Parkhaus stehe. Er gibt zu bedenken, dass ältere und kranke Menschen die Möglichkeit haben müssten, ohne weite Laufwege zur Arztpraxen oder Apotheken zu kommen. Die Rolandstraße würde kaum noch erreichbar sein.

Herr Suchla regt an, über Bewohnerparkausweise nachzudenken.

Herr Gutwald begrüßt die Planung als hervorragenden Entwurf, der unter breiter Beteiligung der Anwohnerschaft entwickelt worden sei. Die sukzessive Weiterentwicklung des Konzepts aufgrund der gemachten Erfahrungen sei sinnvoll. Die Ideen zur Rolandstraße, die auch von Anwohnerinnen und Anwohnern dieser Straße gekommen seien, würden begrüßt. Es sollte festgelegt werden, in welchem Zeitraum zu den Maßnahmen eine Überprüfung und gegebenenfalls Weiterführung stattfinde. Eine Evaluationsphase von einem Jahr sei angemessen.

Frau Rosenbohm spricht sich dafür aus, zunächst eine Probephase zu beschließen und aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse über das weitere Vorgehen zu beraten. Auch sollten zunächst die Bürgerinnen und Bürger bei der Bürgerinformationsveranstaltung gehört werden, um dies bei einem noch zu fassenden Beschluss berücksichtigen zu können. Vor dem Hintergrund der Jahnplatzumgestaltung und der damit zu erwartenden Ausweichverkehre bittet sie um Mitteilung, wann mit der Umsetzung begonnen werden solle.

Frau Krüger geht auf die gute Anbindung des Viertels an den ÖPNV ein und vermisst weitergehende Aussagen zu den Gründen des geschilderten Parkdrucks.

Herr Meichsner sieht in der geplanten Veränderung der Verkehrsführung eine Erhöhung der Linksabbiegevorgänge und befürchtet, dass es daher zu steigenden Unfallzahlen kommen werde. Ein mögliches Parkverbot auf den Straßen werde dazu führen, dass noch mehr Vorgärten als Parkplatz asphaltiert würden und noch mehr Stadtgrün verschwinde. Er befürchte, dass bei einer Umsetzung der Maßnahmen die urbane Lebensqualität des Viertels verloren gehe.

Herr Hillen führt aus, dass es ein attraktives Viertel mit einem großen Mobilitätsangebot sei und dass durch das Konzept nicht ein Parkplatz wegfallen würde.

Herr Schmelter (Amt für Verkehr) erklärt, dass die Anregungen bei der Planung der Umsetzung bedacht würden.

Frau Heger (Amt für Verkehr) fügt hinzu, dass der fließende Verkehr nicht verhindert, sondern nur verlangsamt würde. Hinsichtlich der Einbahnstraßenregelung müsse geschaut werden, inwieweit dies mit der Jahnplatzumgestaltung vereinbar sei. Dies könne geprüft werden, sofern nach der Bürgerinformationsveranstaltung die Variante 1 beschlossen würde.

Herr Meichsner legt Wert darauf, bereits heute einen Beschluss zu fassen, um das weitere Vorgehen zu regeln.

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**
- 2. Die geplante Bürgerinformationsveranstaltung wird begrüßt und ist zeitnah durchzuführen. Im Anschluss daran ist die Vorlage wieder in der Bezirksvertretung Mitte zu beraten.**

-.-.-

Zu Punkt 10

Ausschreibung Ausbau Ravensberger Straße, Offenlegung der Weser-Lutter (vgl. Antrag der CDU-Fraktion zur Aufnahme eines Tagesordnungspunktes)

Herr Meichsner erklärt, dass bisher kein abschließender Beschluss gefasst worden sei.

Herr Moss zeigt Pläne [im Gremieninformationssystem einsehbar] der beabsichtigten technischen Umsetzung und gibt dazu Erläuterungen. Auf Nachfrage von Herrn Meichsner erklärt er, dass im Zusammenhang mit der Offenlegung die oberirdische Gestaltung noch den politischen Gremien vorgestellt werde. In der August-Bebel-Straße sei die Lutter bereits verrohrt geführt. Der Baubeginn solle im Sommer erfolgen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Altstadtmarkt - Bericht von Bielefeld Marketing

Frau Schilberg und Herr Knabenreich (beide Bielefeld Marketing) schildern die Erfahrungen der einjährigen Probephase mit einem auf den Freitag ausgeweiteten Altstadtmarkt. Die sieben Marktstände hätten ein gutes Warenangebot abgebildet und man bemühe sich nun u.a. darum, noch einen Fischhändler gewinnen zu können. Sowohl von den Händlern als auch von Seiten Bielefeld Marketings werde ein positives Fazit gezogen und man wäre erfreut, wenn die Bezirksvertretung Mitte einer unbefristeten Fortführung des Altstadtmarktes auf dem Alten Markt in dem bestehenden Umfang und gegebenenfalls sogar einer Erweiterung zustimmen würde.

Nach einigen zustimmenden Wortbeiträgen fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die unbefristete Fortführung des Altstadtmarktes auf dem Alten Markt in dem bestehenden Umfang. Bei Bedarf ist eine Markterweiterung weiterhin möglich.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Aufwertung Spielplatz Oberntorwall

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10152/2014-2020

Frau Wißmann-Wahsner (Umweltbetrieb) stellt die Erweiterung, Umgestaltung und Aufwertung des Spielplatzes am Oberntorwall vor. Der Spielplatz werde vom Ortwin-Goldbeck-Forum weg in Richtung Norden verschoben, was neue Gestaltungsmöglichkeiten für verschiedene Altersklassen eröffne. Die größere Rasenfläche ermögliche mehr Aktivitäten. Sie stellt die geplanten Spielgeräte vor und teilt mit, dass viele Spielgeräte des bisherigen Spielplatzes übernommen bzw. versetzt werden könnten. Ein Spielgerüst in Form eines Piratenschiffes werde vielfältige Rollenspiel- und Klettermöglichkeiten bieten.

Herr Suchla erklärt, dass die SPD-Fraktion die vorgestellte Planung begrüße.

Herr Meichsner erkundigt sich, wie der weitere Ablauf in Bezug auf die Grünanlage sei und ob das nahe an der Spielplatzfläche gelegene Kunstobjekt versetzt werden solle. Er fragt nach, wann eine Entscheidung über die Nutzung der restlichen Grünflächen getroffen werde. Er bittet um Vorlage eines „lesbaren Plans“.

Herr Gutwald sieht eine gelungene Planung, die auf bewährte, bisher immer gern angenommene Elemente setze. Die gesamte Grünfläche solle der Bezirksvertretung Mitte noch einmal vorgestellt werden.

Frau Wißmann-Wahsner weist darauf hin, dass ihr Planungsauftrag sich ausschließlich auf den Spielplatz bezogen habe und sie daher zur gesamten Grünanlage keine Informationen geben könne. Zur Nachfrage von Herrn Suchla weist sie auf die langen Lieferzeiten für Spielgeräte hin, weswegen ein früherer Beginn der Umsetzung nicht realistisch sei. Bis zur Lieferung aber sei der Spielplatz am alten Standort weiterhin nutzbar.

Herr Franz nimmt den Wunsch der Bezirksvertretung Mitte auf und formuliert folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte stimmt der Entwurfsplanung für die Aufwertung und Verlagerung des Spielplatzes am Oberntorwall zu. Der Umweltbetrieb wird gebeten, die Planungen für die Grünfläche Oberntorwall in der nächsten Sitzung vorzustellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

3. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 29.09.2018, zuletzt geändert durch die 2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 01.10.2019

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10210/2014-2020

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass der Sonntag als Ruhetag gesetzlich geschützt und die Verlegung der „Hut ab“-Veranstaltung von einem Samstag auf den Sonntag nicht nachvollziehbar sei. Die Fraktion Die Linke werde daher die Vorlage ablehnen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 29.09.2018, zuletzt geändert durch die 2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 01.10.2019.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

Zu Punkt 14

Entwicklung von drei neuen Grundschulstandorten

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10007/2014-2020

Herr Franz weist darauf hin, dass eine Grundschule im Stadtbezirk Sieker auch die Einzugsbereiche der Fröbelschule und der Rußheideschule betreffe und deshalb darum gebeten worden sei, diese Vorlage auch in der Bezirksvertretung Mitte auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Langeworth erklärt, dass die CDU-Fraktion den Standort in Sieker als kritisch betrachte. Dennoch werde die Notwendigkeit für neue Grundschulen gesehen.

Herr Beigeordneter Moss weist darauf hin, dass der Immobilienservicebetrieb bereits dem Schuldezernat mitgeteilt habe, dass die Suchräume vergrößert würden. Wenn man nur die vorgeschlagenen, engen Suchkorridore betrachte, würde diese Bindung unnötigerweise zu höheren Grundstückspreisen führen.

Herr Meichsner erinnert daran, dass mit den Gebäuden der ehemaligen Pestalozzischule und der ehemaligen Sieker Hauptschule möglicherweise zwei geeignete Objekte für eine Reaktivierung zur Verfügung stünden.

Dazu erklärt Herr Moss, dass es keine Denkverbote gebe und dies in den Überlegungen bereits berücksichtigt werde.

Herr Franz stellt fest, dass die Bezirksvertretung Mitte seinem Vorschlag folge, die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen, da der Stadtbezirk Mitte nur mittelbar betroffen sei.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2020/2021

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10155/2014-2020

Herr Langeworth begrüßt die in der Vorlage genannten Plandaten für den Stadtbezirk Mitte und bittet darum, die angekündigte dritte Gruppe umgehend vorzustellen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16 Konzept für eine Nutzung des „Grünen Würfels“

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10266/2014-2020

Herr Beigeordneter Nürnberger stellt das zukünftige Nutzungskonzept für den „Grünen Würfel“ vor und bezeichnet die bisherige Umsetzung der Übergangslösung als erfolgreich. Er schlägt vor, das Programm auf Basis der bisherigen Erfahrungen als offenes Konzept weiter zu führen und ab 01.04.2020 in städtische Verantwortung mit eigenem Personal zu übernehmen. Im Frühjahr 2021 werde über die Erfahrungen mit diesem lernenden Programm wieder berichtet. Zurzeit werde noch geprüft, wie viele Spielgeräte im Bereich des Wasserspiels erforderlich seien, um eine Ausweisung als Spielfläche mit den daraus resultierenden, ordnungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten zu ermöglichen. Der Kontakt zwischen der Polizei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Falken vor Ort sei pragmatisch und werde von beiden Seiten als gut bezeichnet. Erwartungsgemäß hätten die Maßnahmen nicht dazu geführt, dass im Umfeld des „Grünen Würfels“ überhaupt nicht mehr gedealt würde, aber es sei erreicht worden, dass sich durch freundliche Ansprache zumindest im Eingangsbereich keine unerwünschten Personen mehr aufhielten. Sobald die bestellten Stelenlampen in Betrieb genommen werden könnten, wäre auch dank der zusätzlichen Beleuchtung ein weiterer Schritt getan, um das Umfeld für illegale Geschäfte unattraktiver zu gestalten.

Herr Ridder-Wilkens und Herr Gutwald begrüßen das geplante Vorgehen und erklären, dass sie der Vorlage zustimmen werden.

Herr Langeworth zeigt Bilder von defekten Lampen, nimmt Bezug auf Presseartikel zu Gewalttaten auf dem Kesselbrink und sieht insgesamt keine Verbesserung der Sicherheitslage. Nach seiner Beobachtung wären alkoholkonsumierende Personen weiterhin vor Ort und es zeige sich, dass eine Stunde Bestreifung des Kesselbrinks durch das Ordnungsamt nicht ausreichend sei. Die Kosten des Projektes betrügen 740,00 € pro Tag und seien nicht angemessen. Er spreche sich für eine Null-Toleranz Strategie aus. Zusätzliches Geld für mehr Sozialarbeiter trüge nicht zu einer Verbesserung der Situation bei. Die CDU-Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Herr Beigeordneter Moss erklärt, dass die Stelenreihe am Kesselbrink ergänzt werde. Ein Luftbild mit den Beleuchtungsstandorten werde er der Niederschrift beifügen lassen.

Herr Tewes fragt nach, ob das Raumkonzept im „Grünen Würfel“ für die Nutzung ausreichend sei und wer bei Bedarf notwendige Umbaumaßnahmen finanzieren werde. Weiterhin möchte er wissen, in welcher Höhe Mietzahlungen an die BGW geleistet würden.

Herr Suchla betont, dass in den vergangenen Monaten ein beachtliches Programm stattgefunden habe und erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Vorlage zugestimmt werde.

Herr Beigeordneter Nürnberger erklärt, dass er die Hinweise von Herrn Langeworth zu den Ordnungsverstößen an das Ordnungsamt weitergeben werde und gibt zu bedenken, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes nicht an allen Orten gleichzeitig sein könnten. Hinsichtlich einer Null-Toleranz-Strategie gibt er zu bedenken, dass dies zu Verdrängungseffekten führe und dann zur Verlagerung der Szene führen werde. Es sei zutreffend, dass der „Grüne Würfel“ höhere Kosten auslöse als andere für soziale Einrichtungen genutzte Immobilien. Die BGW sei der Stadt Bielefeld aber bei der Miethöhe bereits sehr entgegen gekommen. Im öffentlichen Teil könne er keine weitergehenden Vertragsdaten nennen. Bislang sei eine Umgestaltung der Raumaufteilung nicht vorgesehen. Zur Nachfrage von Herrn Suchla erklärt er, dass ein Trägerverbund bzw. eine Vereinskoooperation denkbar seien. Dies sei dann eine politische Entscheidung. Der Regelfall in Bielefeld beschränke sich darauf, dass die Stadtverwaltung nur Kindertagesstätten betreibe und ansonsten mit freien Trägern zusammenarbeite.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Sofortprogramm des Trägers „Die Falken Bielefeld“ (1. Phase) das im Anhang beschriebene „Mitmach-Konzept“ in einem partizipativen Verfahren mit der AGW Bielefeld, potenziellen Nutzer*innen, Nachbar*innen und weiteren Akteuren im Grünen Würfel vom 01.04.2020 bis 30.06.2021 umzusetzen (2. Phase).**

2. Im Projektjahr 2020 werden eingesparte Eigenanteile für INSEK-Projekte des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention in Höhe von 270.000 € und im Jahr 2021 Mittel aus dem Integrationsbudget von 138.000 € entsprechend des Kostenplans eingesetzt (s. Anlage, Punkt 5).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der 2. Phase das Konzept für den Grünen Würfel so weiter zu entwickeln, dass sich Platzgeschehen und Immobilie gegenseitig positiv beeinflussen und in 2021 eine Übergabe zum Beispiel an einen Trägerverbund oder eine Vereinskoooperation möglich ist (3. Phase). Dieses Konzept wird den Ratsgremien zur Beschlussfassung zu den Sitzungen im April/Mai 2021 vorgelegt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, während der 2. Phase regelmäßig den zuständigen Ratsgremien über die Entwicklung zu berichten.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Jahresbericht zum Projekt Ernst-Rein-Str. für wohnungslose Menschen in Bielefeld

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10227/2014-2020

Herr Ridder-Wilkens fragt nach, was zu den zwei Todesfällen in der alternativen Unterkunft geführt habe. Herr Franz erklärt, dass die Verwaltung gebeten werde, hierzu die Information an die Mitglieder der Bezirksvertretung zu geben.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 18

Neubau Sporthalle Helmholtz-Gymnasium Vorstellung der Planungen

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10019/2014-2020

Herr Otterbach (Immobilienervicebetrieb) stellt die Planungen für diese als Kompetenzzentrum konzipierte Sporthalle vor, die komplett aus Fördermitteln finanziert werde. Er erläutert, dass Tribünen aufgrund der Vorgaben aus den Förderrichtlinien nicht eingeplant worden seien. Das Material der Außenverkleidung werde Reflexionen zulassen, aber nicht spiegeln. Zusätzlich böte es einen gewissen Schutz gegen Graffitiandalismus, da es gut abwaschbar sei. Das Hybriddach werde mit einer Photovoltaikanlage und zusätzlicher Begrünung ausgestattet.

Herr Meichsner bittet darum, auch die Planung für die Außenanlagen in der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 19.1 **Prüfauftrag zur „Schließung des Zugangs zu dem Spielplatz am Umweltzentrum von der Bröckerstraße Richtung Generotzky-Weg“**

Das Bauamt teilt mit:

Die Verwaltung der Stadt Bielefeld wurde durch die Bezirksvertretung Mitte beauftragt, zu prüfen, ob im Rahmen der Umsetzung der INSEK Maßnahme „Anbindung des Umweltzentrums an den Grünzug Ostmannsturmviertel“ der Zugang zu dem Spielplatz am Umweltzentrum von der Bröckerstraße Richtung Generotzky-Weg geschlossen werden kann. Durch das westliche Ostmannsturmviertel, von der Paulusstraße bis zur Bröckerstraße, zieht sich die einzige Grünverbindung in dem Quartier. Diese Grünverbindung bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern eine naturnahe Aufenthaltsmöglichkeit im dichtbesiedelten innerstädtischen Stadtgebiet und dient zusätzlich als Wegebeziehung zwischen den nördlichen Quartieren im Stadtbezirk Mitte und der Bielefelder Innenstadt. Mit Maßnahmen aus dem INSEK Nördlicher Innenstadtrand wird das Ziel verfolgt, die Rad- und Fußwegeverbindungen im Programmgebiet zu stärken und aufzuwerten. Weiterhin ist der Zugang über die Bröckerstraße in den Grünzug und den dort gelegenen und stark genutzten Spielplatz für die Bewohnerschaft aus den nördlichen Wohnbauten auch eine wichtige Erschließungsanlage. Bei einer Schließung des Zuganges wären insbesondere Kinder hiervon überdurchschnittlich betroffen, da diese künftig entlang der stark befahrenen Straßen den Spielplatz erreichen müssten. Aus den genannten Gründen würde eine Verlegung des Wegeabschnitts in die August-Bebel-Straße in diesem Bereich starke negative Auswirkungen auf die Nutzungsqualität darstellen. Auch ist der Weg ein Abschnitt des Jakobsweges, auf dem Pilger von Bielefeld nach Herford wandern können. Bei einer Schließung des Zugangs müsste auch dieser in den stark befahrenen Straßenraum verlegt werden. Nach Rücksprache mit dem Umweltbetrieb ist erfahrungsgemäß auch nach Schließung und somit mit lediglich einem Zugang zur Spielfläche, mit Konflikten zu rechnen. Deshalb wird nach einer verwaltungsinternen Absprache aus städtebaulicher und grünplanerischer Sicht eine Schließung des Zugangs nicht empfohlen, um so die genannten wichtigen Wegeverbindungen zu erhalten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19.2 Sachstand Harmonisierung der Parkraumbewirtschaftung

Das Amt für Verkehr teilt mit:

Bezirksbürgermeister Franz hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 23.01.2020 beim Punkt Beschlusscontrolling darauf hingewiesen, dass das Amt für Verkehr noch die „verwaltungsseitig bislang erarbeiteten Erkenntnisse bezüglich der straßenbezogenen Überprüfung von Ungereimtheiten innerhalb des aktuellen „Parkzonenkonzepts“ vorstellen wollte.

Dazu nimmt das Amt für Verkehr wie folgt Stellung:

Der Rat hatte in seiner Sitzung am 14.03.2019 eine Änderung der Parkgebührenordnung beschlossen und nach der in der Bezirksvertretung Mitte geführten Diskussion gleichzeitig die Verwaltung beauftragt, bis Herbst 2019 einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Bewirtschaftung der Parkzonen, in denen Parkgebühren erhoben werden, weitestgehend vereinheitlicht werden kann (Ds.-Nr.: 7286/2014-2020/1).

Zur Umsetzung der im Rat beschlossenen Mobilitätsstrategie hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 29.10.2019 die Erstellung eines MIV-Konzeptes beschlossen (Ds.-Nr.: 9149/2014-2020). Dieses wird auch ein Teilkonzept „Ruhender Verkehr“ enthalten. In diesem werden zum einen konzeptionelle Überlegungen für den zentralen Innenstadtbereich als auch ein übergreifendes gesamtstädtisches Konzept zum Parken angestellt. Auch die im Ratsbeschluss zur Verkehrswende vom 26.09.2019 aufgeführten Aspekte zum Parken und zur Parkraumbewirtschaftung werden in diesem Konzept berücksichtigt.

Die auch aus Sicht der Verwaltung notwendige Harmonisierung der Parkraumbewirtschaftung mit unterschiedlicher Beschilderung wurde bzw. konnte mit Ausblick auf die anstehenden Arbeiten im Zuge der Förderung „Emissionsfreie Innenstadt“ bislang nicht mit Nachdruck verfolgt (werden), so dass noch keine belastbaren Erkenntnisse vorliegen. Aufgrund der nun angestrebten Vergabe und dem entsprechenden zeitlichen Vorlauf des MIV-Konzeptes (mit dem Teilkonzept „Strategie ruhender Verkehr“) wird die Verwaltung voraussichtlich vor der politischen Sommerpause der Bezirksvertretung Mitte die geforderten Ergebnisse zukommen lassen.

Herr Suchla bittet darum, die beschlossenen, aber bislang nicht umgesetzten Parkzonen aufzulisten.

Herr Meichsner nimmt Bezug auf das Verkehrskonzept Bielefelder Westen, aus dem hervorgehe, dass es unterschiedliche Ausweisungen in einer Straße gebe. Diese widersprüchlichen Ausweisungen von Parkzonen seien zu beseitigen. Er spricht sich dafür aus, dass das Amt für Verkehr zu einem weiteren Arbeitsgespräch einlädt, damit nicht jeder einzelne Fall in der Bezirksvertretung Mitte behandelt werden müsse.

Herr Franz bittet den Hinweis weiter zu geben, dass es sinnvoll sei, zunächst in einer interfraktionellen Projektgruppe nochmals über eine Harmonisierung der Parkregelungen zu sprechen.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19.3 Sachstand Neumarkt

Herr Tobien teilt mit, dass von der CDU-Fraktion zum Sachstand nachgefragt worden sei. Zum jetzigen Zeitpunkt könne nur berichtet werden, dass das Schreiben des Légère-Hotels dem Amt für Verkehr nun vorliege und dort geprüft werde. Zur Frage einer Schrankenlösung lägen noch keine Ergebnisse vor.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19.4 Luttergrünzug - Kinder- und Jugendort

Der Umweltbetrieb teilt mit:

Beim Sondertreffen mit Vertretern der BV Mitte am 13.02.2020 wurde das Thema zur Beleuchtung der vorhandenen Wegebeziehung im neu geplanten Kinder- u. Jugendort diskutiert. Der Umweltbetrieb informierte, dass im Zuge der aktuellen Ausschreibung zur Realisierung des Kinder- und Jugendortes Kabellehrrohre mit eingeplant wurden, um eine spätere Beleuchtung nachinstallieren zu können. Für die derzeitige Ausschreibung ist es unschädlich, wenn die endgültige Entscheidung über den Umfang und die Art der Beleuchtung zu einem späteren Zeitpunkt getroffen wird, da die elektrotechnischen Arbeiten ein anderes Gewerk und an die Stadtwerke zu vergeben sind. Daher schlägt der Umweltbetrieb vor, die Herstellung, Art und Umfang der Beleuchtung im Zuge der Neuanlage des Kinder- und Jugendortes in einer späteren Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Herr Tobien ergänzt, dass generell in Parkanlagen keine Beleuchtung vorgesehen sei.

Herr Franz weist darauf hin, dass es sich beim Jugendort um den Zugangsbereich zu einer Grünfläche handele und nicht um einen Grünzug. Bereits jetzt sei für die Zuwegung eine Beleuchtung vorhanden. Herr Meichsner ergänzt, dass von der Otto-Brenner-Straße bis zur Lohkampstraße in dem Grünzug eine Beleuchtung vorhanden sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Stadtwerken die beiden Zuwegungen im geplanten Jugendort entsprechend zu beleuchten. Die gewählten Beleuchtungsmittel sind der Bezirksvertretung Mitte rechtzeitig vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

gez.

Hans-Jürgen Franz
Bezirksbürgermeister

gez.

Heiko Tobien
Schriftführer